



Sollten Ausländer das Wahlrecht bekommen, hätte das kaum Auswirkungen auf die Ergebnisse bei Gemeinderatswahlen, sagt Wilfried Marxer. (Foto: Shutterstock)

Politologe Marxer: «Wahlrecht für Ausländer ist noch Zukunftsmusik»

Integration Im Kanton Neuenburg wurde das kommunale Stimmrecht für Migranten bereits im Jahr 1849 (sic!) eingeführt. In Liechtenstein werden Ausländer noch länger auf Mitbestimmung warten müssen, glaubt Politologe Wilfried Marxer.

VON MICHAEL BENVENUTI

«Die letzten Gemeindewahlen haben quer durch alle Parteien gezeigt, dass es immer schwerer wird, Menschen zu finden, die sich in der Gemeindepolitik engagieren»; heisst es in einer Aussendung der Freien Liste. Umso unverständlicher sei es deshalb, dass in Liechtenstein wohnhafte Ausländer noch immer vom Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene ausgeschlossen werden.

Wilfried Marxer, Politologe und Direktor des Liechtenstein-Instituts in Bendern, kann diese Argumentation durchaus nachvollziehen: «Es gibt in Liechtenstein in der Tat seit Jahren Rekrutierungsprobleme bei den Parteien.» Die Möglichkeit, auf engagierte Ausländer zurückgreifen zu

können, wäre für die Parteien deshalb durchaus förderlich, ist Marxer überzeugt. Für den Politologen gibt es aber noch weitere Punkte, die für ein Stimm- und Wahlrecht für Ausländer sprechen: Zum einen forcieren die Einbindung in die lokale Politik die Integration der Migranten, zum anderen dürfe nicht vergessen werden, dass die ausländischen Bürger auch Steuern in Liechtenstein zahlen.

Angst vor zu viel Fremdbestimmung

Der Grundsatz «Wer Steuern zahlt, sollte auch das Recht haben, mitzubestimmen», ist nicht ganz neu. «No taxation without representation» – «Keine Steuern ohne Vertretung», lautete bereits die Parole der ameri-

kanischen Unabhängigkeitsbewegung im 18. Jahrhundert.

Dennoch ist Wilfried Marxer «eher skeptisch», dass das Postulat der

«Liechtensteins Parteien haben seit Jahren Rekrutierungsprobleme.»

WILFRIED MARXER
POLITOLOGE LIECHTENSTEIN-INSTITUT

Freien Liste im Landtag respektive bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit erzielen würde: «Das ist wohl Zukunftsmu-

sik.» Wegen des Ausländeranteils von über 30 Prozent hätten schon jetzt viele Liechtensteiner Angst vor zu viel fremdem Einfluss und Fremdbestimmung.

Welchen Einfluss hätte ein Ausländerwahlrecht auf die Ergebnisse bei Gemeinderatswahlen? Politische Umstürze gäbe es wohl keine, glaubt Marxer: «Die Ausländer in Liechtenstein sind ja nicht alle nur Grüne und Linke.» Das Wahlverhalten der Mig-

ranten unterscheidet sich nicht wesentlich von jenem der Inländer: «Bei den Ausländern gibt es genau gleich Reiche, Ärmere, Privilegierte und weniger Privilegierte.»

Fortschrittliche Schweiz

In einigen Teilen der Schweiz ist das Stimm- und Wahlrecht für ausländische Mitbürger seit Langem Realität. Im Kanton Neuenburg wurde das kommunale Stimmrecht für Migranten bereits 1849 eingeführt, das kantonale dann im Jahr 2002. Der Kanton Jura kennt das aktive Stimmrecht auf Kantons- und Gemeindeebene seit seiner Gründung 1978.

Der Kanton Graubünden erlaubt es den Gemeinden seit 2004, das aktive Stimmrecht für Ausländer einzuführen, in Appenzell Ausser Rhoden gibt es seit 1995 ein fakultatives kommunales Stimm- und Wahlrecht.